



ROTER BRIEF

DEZEMBER 2019

(© FockeStrangmann)

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit unserem letzten Roten Brief in diesem Jahr verabschieden wir uns von Ihnen in die Weihnachtsferien. In der soeben zu Ende gegangenen Plenarwoche haben wir den Haushalt für 2020 verabschiedet. Wir haben in Hannover viel für Niedersachsen und Oldenburg erreichen können und sind zufrieden mit der Arbeit der SPD-geführten Koalition, die eine deutliche sozialdemokratische Handschrift trägt.

Gerne weisen wir nochmal auf unser neues Diskussionsformat "75 Minuten Klartext" mit unserem Bundestagsabgeordneten Dennis Rohde hin: **Samstag, 25. Januar 2020 um 10:30 Uhr im Café Herz (Baumhaus), Stedinger Straße.** Das Ziel der neuen Dialogreihe ist, in knappen 75 Minuten möglichst viele Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten, aber auch Anregungen und Vorschläge für die eigene politische Arbeit aufzunehmen. Wir freuen uns, wenn Sie dabei sind.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr. Wir sind selbstverständlich auch 2020 gerne für Sie da.

Herzliche Grüße



INHALT

Aus dem Landtag.....	2
Unterstützung für Weihnachtstombola.....	6
Jahresrückblick in Bildern.....	8 - 12



AUS DEM LANDTAG

Plenarwoche im Dezember

Zu unseren Gesetzten und Anträgen:

TOP 16 Einhaltung von Tariftreue- und Vergaberichtlinien - Kontrollen intensivieren

Flankierend zur Gesetzesänderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz und der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung begrüßt der Landtag das Bestreben des Bundes, durch die Bekämpfung von Schwarzarbeit und die Kontrolle des Mindestlohns für Gerechtigkeit und Ordnung am Arbeitsmarkt zu sorgen. Des Weiteren hält der Landtag jedoch auch die vertragliche Kontrolle bei der Ausführung öffentlicher Aufträge für geboten. Aufgrund dessen fordert der Landtag die Landesregierung auf, die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen zur Durchführung von Kontrollen durch die Vergabestellen des Landes mit dem Ziel zu überprüfen, den hohen Kontrollerfordernissen stärker gerecht zu werden sowie sich mit der Bitte an den Bund zu wenden, die Kontrolle von Mindestentgelten insbesondere auf niedersächsischen Baustellen weiter zu intensivieren.

TOP 29 Wiedereinführung der Meisterpflicht - ein starkes Signal für Niedersachsen, Deutschland und Europa

Das deutsche Handwerk verfügt mit der Meisterpflicht über ein Instrument für mehr Ausbildung, weniger Jugendarbeitslosigkeit, höhere Wettbewerbsfähigkeit und Qualitätssicherung. Die Meisterverpflichtung ist wichtige Grundlage zur Stärkung der qualifizierten Ausbildung der Jugendlichen im dualen System. Der Meisterbrief ist darüber hinaus die ideale Basis für ein nachhaltiges und erfolgreiches Unternehmertum und gelebten Verbraucherschutz.

Aufgrund dessen begrüßt der Landtag, den Beschluss des Bundeskabinetts vom 9. Oktober 2019 zur Wiedereinführung der Meisterpflicht in zwölf aktuell zulassungsfreien Handwerken. Des Weiteren ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung mit ihrer Initiative die vorhandenen Spielräume zur Erweiterung und Anwendung der bestehenden Schutzzielbestimmungen ausnutzt und damit ein starkes Signal für Qualität und Qualifikation im Handwerk setzt. Der Landtag bittet die Landesregierung, weitere Chancen zu nutzen, die akademische und berufliche Bildung als gleichwertige Berufsperspektiven gesellschaftlich anzuerkennen und als gleichwertig darzustellen, sowie sich dafür stark zu machen, dass die nunmehr verbleibenden zulassungsfreien Handwerke die gleichen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung haben wie Handwerke mit Meisterpflicht. Hierzu gehören die verstärkte Förderung von Aus- und Weiterbildung sowie die Option, spätestens mit der vorgesehenen Evaluierung der Gesetzesänderung in fünf Jahren gegebenenfalls auch eine Einstufung als zulassungspflichtiges Handwerk zu erfahren.



AUS DEM LANDTAG

Fortsetzung von Seite 2:

TOP 30 Netzbau-Offensive für ländliche Räume starten und Mobilfunkförderung vorantreiben, damit alle Niedersachsen in gleicher Weise von der Digitalisierung profitieren können

Zwischen den Regionen und Kommunen in Niedersachsen bestehen viele Unterschiede. Während es Gebiete gibt, die sich im Umfeld großer Städte oder Industriezentren sehr positiv entwickeln, bedürfen entlegene, strukturschwache und durch den demografischen Wandel benachteiligte Regionen stärkerer politischer Unterstützung. Als Garant für die Zukunfts- und Wirtschaftsfähigkeit ländlicher Räume dient der Ausbau einer flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur. Für die ländlichen Regionen und gerade in dünn besiedelten Gebieten muss der Ausbau mit breitbandiger Infrastruktur weiter zügig vorangetrieben werden. Hierbei sind Kooperationen beim Netzausbau von zentraler Bedeutung. Der Landtag bittet aufgrund dessen die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung und der europäischen Union dafür einzusetzen, dass die Einhaltung der Versorgungsauflagen der Frequenzversteigerung 2019 sichergestellt und der Nichteinhalt hart sanktioniert wird, jeder Diskriminierung von Marktteilnehmern durch finanzielle Sanktionen begegnet werden kann. Des Weiteren soll unter Beteiligung der Bundesnetzagentur bis Ende des Jahres 2019 ein Gesamtkonzept zum Mobilfunknetzausbau erarbeitet und dabei ein Entwicklungspfad deutlich gemacht werden, wie der Netzausbau gerade für die ländlichen Regionen weiter ausgestaltet und ein wirksames und dauerhaftes Monitoring realisiert werden kann.

TOP 44 Den Vorrang des Gesundheits- und Trinkwasserschutzes vor wirtschaftlichen Interessen durchsetzen

In Niedersachsen werden seit Jahrzehnten Erdgas und Erdöl gefördert. Bisher wird ein Teil des niedersächsischen Erdgases und Erdöls in Trinkwasserschutzgebieten gefördert. Für neue Bohrungen in einem Wasserschutzgebiet ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bisher nicht in jedem Fall verpflichtend vorgeschrieben. Für Menschen, Tiere und Pflanzen ist das Wasser jedoch die wichtigste Ressource zum Überleben und daher besonders schützenswert. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund, dass der Bundesgesetzgeber sowohl die Erdgasfördermethode Fracking als auch die Verpressung von Lagerstättenwasser in Wasserschutzgebieten ausgeschlossen hat sowie dass die Landesregierung den möglichen Zusammenhang zwischen der Häufung hämatologischer Krebserkrankungen und einer Wohnortnähe zu Erdgasförderstätten im Dialog mit Betroffenen Bürgern schnellstmöglich aufklärt. Des Weiteren fordert der Landtag die Landesregierung auf, einen Zwischenbericht zum Stakeholder-Dialog vorzulegen, den Dialog fortzusetzen und dem Landtag zeitnah wirksame Maßnahmen vorzuschlagen, wie der Vorrang des Trinkwasserschutzes vor der Erdgasförderung noch besser umgesetzt werden und wie die Bevölkerung künftig vor Erdbeben geschützt werden soll.



AUS DEM PLENUM

REDE VON HANNA NABER: EINBRINGUNG DES KULTURHAUSHALTS

Auszug (Es gilt das gesprochene Wort):

Kultur darf niemals einer Idee von Nützlichkeit unterworfen werden, sie ist keine Optimierungsmaßnahme. Sie ist kulturelle Identitätsentwicklung, Förderung von kritischem Denken, demokratische Wertevermittlung und -horizont. Kulturgüter sind keine Ware wie jedes andere Gut, sondern sie sind kulturelles Erbe, ein kollektives Gedächtnis.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Politik die Kulturfreiheit beschützt. Die Gelder, die wir mit diesem Haushalt beschließen, dienen dieser Sache. Ich bin stolz auf die Kulturlandschaft Niedersachsens in Stadt und Land, auf die vielfältigen Kultureinrichtungen, die – auch wenn sie zugegebenermaßen manchmal etwas knapper haushalten müssen – ihre gesellschaftliche Rolle mit Leidenschaft ausfüllen.

Kommen wir also zu einigen wenigen Maßnahmen, die beispielhaft für den Kulturetat stehen sollen:

Mit Mitteln in Höhe von 2,5 Millionen Euro fördern wir Investitionsprogramme für kleinere Kultureinrichtungen und die Soziokultur. Zugleich sorgen wir mit mehr als 200.000 Euro für den Tarifausgleich in unseren kommunalen Theatern und somit für gerechtere Arbeitsbedingungen. Auch die theaterpädagogische Arbeit profitiert mit 250.000 Euro von unserer politischen Liste. Die Landschaften, die sich unter anderem um den Erhalt der plattdeutschen Sprache kümmern und kulturell nicht wegzudenken sind, erhalten 380.000 Euro.

Sehr erfreulich ist zudem, dass wir das Programm „Wir machen die Musik“ mit Mitteln in Höhe 500.000 Euro unterstützen. Musik ist ein wichtiger Bestandteil der Bildung. Wir wollen weiter dafür Sorge tragen, dass alle Kinder in Niedersachsen Zugang zu musikalischer Bildung erhalten. Die Zusammenarbeit von Musikschulen mit Kindertageseinrichtungen und Schulen fördern wir, um möglichst früh alle Kinder in Niedersachsen zu erreichen und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Es ist wichtig, dass wir diesen Weg zusammen konsequent weitergehen, denn wir dürfen diejenigen, die unsere Demokratie mit ihren Beiträgen stärken, nicht alleine lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den demokratischen Fraktionen: Die kulturelle Arbeit befindet sich unter Druck von rechtsaußen – ideell und finanzwirksam – in Flandern beispielsweise hat die Regierung die Mittel für die freien Kulturträger um bis zu 60% gekürzt. Im Juni dieses Jahres haben Schülerinnen und Schüler in Osnabrück ein selbstgeschriebenes, antirassistisches Theaterstück (*namens Danke, AfD*) aufgeführt, woraufhin Herr Rykena von der Schulleitung forderte, die „parteilpolitische Instrumentalisierung ihrer Schüler zu unterbinden“. Absurd, will man meinen. Und doch ist es wichtig, sich die Grundhaltung der neuen Rechten bezüglich der Kunst- und Kulturfreiheit immer wieder vor Augen zu führen. Denn die Freiheit der Kultur wird die SPD niemals preisgeben.



REDE VON ULF PRANGE ZUM JUSTIZHAUSHALT

Auszug (Es gilt das gesprochene Wort):

Rechtsstaatsprinzip und Rechtsstaatlichkeit sind tragenden Säulen unserer Demokratie. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass eine unabhängige Justiz nicht selbstverständlich ist.

Seit einigen Jahren ist in unserer Gesellschaft eine Entwicklung hin zu einem Vertrauensverlust in den Staat und seine Institutionen feststellbar, die auch vor unserer Justiz nicht Halt macht. Dieser Entwicklung müssen wir mit einer klaren Haltung begegnen und dadurch, dass wir eine bürgerfreundliche und leistungsfähige Justiz sicherstellen.

SPD und CDU haben im Koalitionsvertrag vereinbart, die Justiz besser auszustatten. Dies ist kein Kurzstreckenlauf, sondern bedarf kontinuierlicher Anstrengungen. Mit den beiden letzten Haushalten sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Auch mit dem jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf und den zusätzlichen Mitteln aus der politischen Liste gehen wir diesen Weg weiter, halten Kurs.

In den Haushaltsberatungen der Koalitionsfraktionen ist es gelungen für den Justizetat über die politische Liste einen weiteren Aufwuchs von ca. 4,5 Mio. € durchsetzen, u.a. 35 zusätzliche Stellen.

Im Einzelnen:

- Der Landespräventionsrat erhält 250.000 € für das Landesprogramm gegen Extremismus und 150.000 € für die Bekämpfung von sexuellem Missbrauch.

- Wir stellen 3 zusätzliche Richter-Stellen zur Stärkung der Sozialgerichtsbarkeit zur Verfügung.
- Die Staatsanwaltschaften erhalten 22 zusätzliche Stellen zur Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet und von Clan-Kriminalität.
- 400.000 € zusätzlich erhält die Straffälligenhilfe.
- 300.000 € zusätzlich erhalten die freien Träger für den Täter-Opfer-Ausgleich.
- 10.000 € erhält der Schöffenvorstand
- Der Vollzug erhält zusätzliche Mittel in Höhe von 1,7 Mio. € sowie 10 Stellen für den Justizvollzugsdienst.

Die Mittel für das beim Landespräventionsrat angesiedelte „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Menschenrechte“ werden auf 0,5 Mio. € verdoppelt.

Mit dem Programm nehmen wir alle Formen von Extremismus in den Blick. Die aktuelle Situation zeigt aber, dass insbesondere bei Antisemitismus und Rechtsextremismus ein großer Handlungsbedarf besteht. Allein im Jahr 2018 gab es mehr als 1.300 Straftaten, die dem Bereich der rechten Gewalt zugeschrieben werden können. Dieser Gefahr für unsere Demokratie wollen wir konsequent begegnen, indem wir die präventiven Maßnahmen, die politische Bildung und die Aussteigerprogramme weiter ausbauen.



AUS OLDENBURG

Weihnachtsspenden

Ulf unterstützt die Aktion „Kältebus Oldenburg“ der Johanniter. Mit diesem Projekt bieten die Johanniter Hilfe für Obdachlose und Bedürftige während der kalten Jahreszeit an, verteilen heiße Getränke, warme Suppen sowie Bekleidung. Mit einer weiteren Spende unterstützt er die Arbeit der Fachberatungsstelle Wildwasser Oldenburg. Wildwasser bietet Beratung und Hilfe für Mädchen und Frauen, die sexualisierte Gewalt erleben oder erlebt haben. Schließlich unterstützt er den Verein „Städtefreundschaft Oldenburg-Efrîn“, der mit seiner Spendenkampagne die medizinische Versorgung der in Nordsyrien vertriebenen Menschen verbessern möchte. Das Geld ist bestimmt für das einzige Krankenhaus in der Region, das Efrîn-Krankenhaus in Shehba/Nordsyrien.

Hanna spendet an die Oldenburger Bürgerstiftung, die gemeinsam mit Werkstattfilm das Projekt „Erinnerung auf Augenhöhe“ umsetzen will. Mit Plaketten an den Wohn- und Geschäftshäusern der ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürger Oldenburgs soll an deren Schicksal erinnert und eine Auseinandersetzung mit der Shoa angeregt werden. Des Weiteren spendet sie an die Oldenburger Aids-Hilfe, denn HIV ist auch im Jahr 2019 eine Krankheit, die noch lange nicht besiegt ist. Außerdem unterstützt sie das „Aktionsbündnis Deutschland Hilft“, welches Nahrungsmittel, sauberes Trinkwasser und medizinische Versorgung für die Opfer des „vergessenen“ Kriegs im Jemen organisiert.

Oldenburger Weihnachtstombola

In der Vorweihnachtszeit findet nun - nach einer vierjährigen Pause - wieder die Oldenburger Tombola statt, die in diesem Jahr vom City-Management Oldenburg veranstaltet wird. Mit einer "Zeitspende" haben Hanna Naber und Ulf Prange als ehrenamtliche Helfer*innen zum Gelingen der Tombola beigetragen. Die Weihnachtstombola unterstützt in diesem Jahr die Gemeinnützigen Werkstätten und den Förderverein Kiola - Kurzzeitwohnen im Oldenburger Land e. V.





Oldenburger Hochschulen im Bundeswettbewerb erfolgreich

Die Carl von Ossietzky Universität und die Jade Hochschule konnten sich im Programm EXIST Potenziale des Bundeswirtschaftsministeriums durchsetzen. Ziel des Programms ist es, unternehmerisches Potenzial an den Hochschulen zu erschließen und Gründungsnetzwerke weiterzuentwickeln.

Ulf Prange und Hanna Naber gratulieren unseren Oldenburger Hochschulen zu ihren gelungenen Anträgen. „Wir brauchen innovative Startups in Niedersachsen.“ so Hanna Naber. Ulf Prange ergänzt: "Sie helfen uns mit ihren Innovationen, die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels zu meistern. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren den Wissens- und Technologietransfer und Existenzgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen konsequent gestärkt.“



Edith-Russ-Haus & Oldenburger Kunstverein erhalten Förderungen

Die Oldenburger Landtagsabgeordneten Hanna Naber und Ulf Prange (beide SPD) freuen sich über die Mittel, die vom Land Niedersachsen an die Kunstvereine und -institutionen fließen. Von den insgesamt 900.000 € gehen 52.000 € an das Edith-Russ-Haus für Medienkunst und 27.000 € an den Oldenburger Kunstverein.

„Der Oldenburger Kunstverein gehört zu den ältesten seiner Art in ganz Deutschland und bereichert und erfreut viele Menschen weit über die Stadtgrenzen Oldenburgs hinaus. Der Verein, der sich auf zeitgenössische Kultur spezialisiert hat, setzt auf innovative Darstellungsformen. Zusätzlich organisiert er regelmäßig Kammerkonzerte, Lesungen und Vorträge zu aktuellen kunst- und kulturpolitischen Themen. Ich freue mich, dass das Land dies würdigt“, so Hanna Naber (SPD), direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Oldenburg-Nord/West und kulturpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

„Das Edith-Russ-Haus hatte stets den Anspruch, ein Haus für den Übergang ins neue Jahrtausend zu sein. Mittlerweile ist das Repertoire mit den Schwerpunkten Kommunikation und neue Medien gesamtgesellschaftlich immer bedeutender geworden. Häuser wie dieses können in puncto Innovation als Blaupause für das gesamte Land gelten. Die Entscheidung, das Edith-Russ-Haus zu fördern, ist daher so erfreulich“, so Ulf Prange (SPD), direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Oldenburg-Mitte/Süd.



JAHRESRÜCKBLICK

JANUAR



FEBRUAR



MÄRZ

JAHRESRÜCKBLICK

2019

MAI



JUNI

APRIL



JAHRESRÜCKBLICK

2019

JULI



SEPTEMBER



AUGUST



JAHRESRÜCKBLICK

2019



NOVEMBER



DEZEMBER



OKTOBER





ZU GAST IM LANDTAG

Landtagsfahrten im Jahr 2020

Gern informieren wir bereits jetzt über die Termine für Landtagsfahrten im Jahr 2020. Ulf Prange und Hanna Naber bieten Fahrten an am **Mittwoch, 13. Mai** sowie am **Montag, 14. September 2020**, zu denen Sie sich bereits jetzt anmelden können unter Tel: 0441 36117512 oder per Mail an: Wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Zudem ist im kommenden Jahr eine Fahrt an einem Samstag geplant für all jene, die unter der Woche arbeiten müssen. Hierzu informieren wir Sie noch rechtzeitig.

Am Sonnabend, den 7. Dezember besuchten knapp 50 politisch interessierte Oldenburger*innen den Niedersächsischen Landtag in Hannover. Hanna Naber und Ulf Prange hatten dazu gemeinsam eingeladen. Neben einer Führung durch das Plenargebäude standen die Abgeordneten den Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort. „Uns liegt es sehr am Herzen den Menschen zu zeigen, dass der Landtag ein offenes Haus der Demokratie ist“, meint Hanna Naber. „Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, Einblicke in unsere Arbeit zu erhalten. Über diesen regen Austausch bekommen wir auch Anregungen und Rückmeldungen zu Oldenburger Themen“, resümiert Ulf Prange zufrieden. Anschließend zogen die Oldenburgerinnen und Oldenburger über den traditionellen Hannoveraner Weihnachtsmarkt.

Landtagsbesichtigungen Schulklassen

Für Schulklassen bieten wir gesonderte Termine zu Landtagsfahrten an. Gern sprechen wir mit den Klassenlehrer*innen mögliche Termine ab. Melden Sie sich bei Interesse bei uns im Wahlkreisbüro.

Landtagsbesichtigungen Vereine & Gruppen

Auch für feste Gruppen von 20 bis 50 Personen organisieren wir gern eine eigene Landtagsfahrt. Sprechen Sie uns jederzeit an.



Weihnachtliche Landtagsfahrt

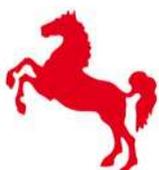
**Frohe Weihnachten und
einen guten Rutsch ins
neue Jahr!**



facebook.com/
MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/
prangemdl
hanna_naber

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-12 / 0441 361175-13

E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Redaktionsschluss: 20. Dezember 2019

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Theis Hellmann,
Haiko Meents & Yannoh Mügge